

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Walter Nussel

Abg. Florian Köhler

Abg. Josef Lausch

Abg. Stephanie Schuhknecht

Abg. Florian von Brunn

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes

hier: Beschleunigung der Ausweisung von Windvorranggebieten (Drs. 19/7226)

- Zweite Lesung -

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner, der sich schon am Rednerpult befindet, ist Herr Kollege Martin Stümpfig für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Ausbau der Windenergie ist Garant für günstige und saubere Energie. Sie macht uns unabhängig von teurem Öl und Gas und unabhängig von den Putins dieser Welt. Die heimischen Energien schaffen Arbeitsplätze bei uns vor Ort in Bayern und erhöhen die Wertschöpfung. Das haben wir in den letzten Jahren immer deutlicher gesehen. Deshalb brauchen wir mehr Tempo beim Ausbau der Windkraft in Bayern. Das ist unser Gesetzesentwurf.

Der erste Schritt ist, dass man Flächen zur Verfügung stellt. Wir wollen daher, dass im ersten Schritt die Flächenziele für alle 18 Regionalen Planungsverbände kommuniziert werden. Mündlich heißt es, seit eineinhalb Jahren sei es bekannt, dass die einen 2 %, die anderen nur 1,4 % zur Verfügung stellen müssen. Das ist aber immer noch nicht klar festgelegt. Das fordern wir jetzt ein. Außerdem fordern wir mehr Tempo: Bis Ende dieses Jahres sollen die Flächen ausgewiesen werden. Zahlreiche Regionale Planungsverbände, gerade im Norden Bayerns, zeigen: Es geht. Das wollen wir in ganz Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich gehe bei der Vorstellung unseres Gesetzentwurfs noch einen Schritt weiter: Wenn man die Flächen hat, geht es darum, dass man Genehmigungsanträge schreibt. Diesbezüglich sind wir in Bayern mittlerweile auch ganz gut. Es gibt ganz viele genehmigte Anlagen. Dann geht es in die Ausschreibung. Dazu haben wir genau vor 14 Tagen einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt: Wir brauchen eine Sonderausschreibung bei der Windkraft. Uns freut es als Opposition, dass nach einer bestimmten Zeit das Kabinett heute genau das beschlossen hat: eine Sonderausschreibung für die Windkraft. In diesem Fall war das nach einer besonders kurzen Zeit der Fall, nämlich gerade einmal 14 Tage nach Einbringung unseres Antrags. Oha! Man hat also aufseiten der Regierung, im Wirtschaftsministerium, anscheinend etwas verstanden.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Staatssekretär Tobias Gotthardt: Die Reihenfolge war anders!)

Manchmal dauert es schon etwas lang, aber Sie sind dann doch zum richtigen Ergebnis gekommen oder können richtig von uns abschreiben. Also, alles gut.

Wenn man sich dann aber die heutige Pressekonferenz des Ministerpräsidenten Söder anhört, muss man gleich wieder Wasser in den Wein, also das Lob, gießen; denn dann hört man den Ministerpräsidenten auf die Nachfrage eines Journalisten sagen: Die fossilen Energien sind die Energien, die wir brauchen. Wir brauchen noch mehr davon. Diese können die Wirtschaft voranbringen. Es ist ein Traum, dass die erneuerbaren Energien den Energiebedarf decken können. – Da kann ich dem Herrn Ministerpräsidenten, der mal wieder nicht da ist, nur sagen: Wir sind bei den erneuerbaren Energien jetzt bei 60 %.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir haben Steigerungsraten von teilweise 5 % pro Jahr.

(Michael Hofmann (CSU): Sie wissen schon, dass es um die Verfügbarkeit, nicht um die Produktion geht!)

Es ist kein Traum, dass wir mit erneuerbaren Energien unseren Energiebedarf decken. Herr Söder hat den Traum, dass man von 0 % Atomkraft auf 100 % kommt oder mit lauter Kohlekraftwerken den Energiebedarf deckt.

(Michael Hofmann (CSU): So ein Quatsch!)

Das wird nicht stattfinden. Das ist ganz klar ein Traum.

(Michael Hofmann (CSU): Das ist eine Vereinfachung, genau wie die da drüben es machen! So tief sind Sie in der Zwischenzeit schon gesunken!)

Unsere Ziele sind realistisch und müssen endlich angepackt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Kollege Stümpfig, Sie haben sich zu viel von denen da drüben abgeschaut!)

Persönlich schockiert mich schon, dass der gleiche Ministerpräsident im Jahr 2021 hier am Rednerpult stand, seine Regierungserklärung zum Klimaschutz abgab und gesagt hat: "Wir wollen unseren Kindern versprechen, nicht aus Angst vor Lobbygruppen [...] uns vor der Verantwortung zu drücken." Das waren damals seine Worte. Damals hat er anscheinend noch nicht den Schulterschluss mit der fossilen Lobby gesucht. Heute macht er einen Schulterschluss mit dem obersten Sprachrohr, mit der obersten Vertreterin der fossilen Lobby, mit Katherina Reiche, der schlechtesten Wirtschaftsministerin, die dieses Land jemals gesehen hat. Das ist wirklich unglaublich!

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Da war vorher einer dran, der war noch viel schlimmer!)

Schauen Sie sich an, was diese Katherina Reiche gemacht hat: Ein Netzpaket wird jetzt aufgelegt. Überall dort, wo man 3 % im Jahr an erneuerbaren Energien abregeln muss, soll ein Netzenspassgebiet entstehen. Das haben wir in Bayern in nahezu allen ländlichen Regionen. Da haben wir über 3 % Abregelung. Da würde es, wenn es jetzt nach den Plänen von CSU/CDU geht, keinen Anschluss von Erneuerbare-

Energie-Anlagen mehr geben, keine Rückvergütung, wenn man abregelt. Das heißt für die Menschen draußen: Die können keine PV-Anlage mehr auf ihr Dach setzen, weil der Netzbetreiber sagen kann: Nein, ich bin jetzt Engpassgebiet. – Das kann er dann machen. Wo sind wir denn? Sie würgen die Energiewende komplett ab mit diesem Netzpaket, und das nur, weil Sie der fossilen Lobby komplett auf den Leim gegangen sind!

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Sie sind der wirtschaftspolitische Sprecher! Von der Praxis aber null Ahnung!)

Das muss verhindert werden. Da fordere ich Sie auf, hier die Interessen Bayerns durchzusetzen. Ansonsten ist die Energiewende in Bayern tot. Sie sind Abgeordnete des Bayerischen Landtags! Setzen Sie sich dafür ein, dass einer Katherina Reiche das Stoppschild hingehalten wird, und erklären Sie dem Herrn Markus Söder noch mal, wie die Energiewende funktioniert!

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Das kann man nicht mehr ernst nehmen! Wirklich nicht mehr!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner für die CSU-Fraktion: Kollege Walter Nussel. Bitte.

Walter Nussel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Langsam mache ich mir Sorgen um den Vorredner,

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

so wie er sich hier in Rage redet zu einem Thema, zu dem ich wöchentlich im Wirtschaftsausschuss etwas von ihm zu hören bekomme. Er vertritt hier eine Ideologie

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Die habt ihr abgeschrieben mit dem Gesetz!)

und hat sie vertreten, ohne einen Blick darauf zu werfen, was wir hier eigentlich genau ändern müssen und angehen müssen. Letzte Woche habe ich das hier schon als

Zuruf gebracht, weil ich mir echt Sorgen mache, was er nimmt. Dem, was er hier von sich gegeben hat, kann ich nicht mehr folgen.

(Zuruf von der SPD)

Wir korrigieren jetzt das, was die Ampel bei der Netzstabilisierung alles falsch gemacht hat. Jetzt müssen unsere Ministerien, zuvorderst das Wirtschafts- und das Umweltministerium, versuchen, in einer hohen Geschwindigkeit die Netzstabilisierung hinzubekommen. Ich habe jetzt angeordnet: Wir werden einen Praxischeck machen mit den Netzbetreibern, damit wir mal genau schauen können, wo die Probleme sind, um unsere Energie, die wir draußen produzieren, ins Netz zu bringen. Sie haben das Thema nicht angesprochen. Die Biogasanlagen wollten Sie abschaffen. Wir haben so viele Biogasanlagen draußen – die müssen wir doch jetzt bestens nutzen. Die müssen wir ins Netz bringen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Das muss miteinander gehen. Die Bundesnetzagentur in Hamburg, noch unter der Ampel geführt, hat hier viel aufzuholen. Das müssen wir jetzt korrigieren. Da sind wir dabei. Dann können wir über die nächsten Schritte reden.

Jetzt zum eigentlichen Antrag zum Thema Windkraftvorranggebiete usw. Unsere Planungsverbände machen letztendlich den Schulterschluss. Wer ist da drin? – Die Bürgermeister und Landräte. Die wollen das nicht, was Sie wollen. Die wollen, dass wir das, wenn, dann in einem abmachen, wenn das von Berlin aus einmal feststeht. Der Wirtschaftsminister hat extra noch einmal hingeschrieben. Wir warten auf die Antwort. Die wird jetzt schon irgendwann kommen. Wenn wir das haben, dann können wir fundiert und ordentlich über die Dinge sprechen, aber nicht so, wie Herr Stümpfig sich hier äußert. Dann kommt nämlich ein richtiges Durcheinander. Dann kennt sich keiner mehr aus. Und wo will jemand investieren, wenn er keinen Zugang zum Netz hat? Jetzt müssen wir erst einmal die Netze ertüchtigen und das korrigieren, was von der vorherigen Bundesregierung falsch gemacht wurde.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wenn wir das gemacht haben, kommen wir zum nächsten Schritt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben davon gesprochen, die grünen Ziele wären realistisch. Ich halte dagegen, auch jede Woche im Wirtschaftsausschuss. Ich kann nicht nachvollziehen, was da realistisch sein soll. Das ist ideologisch getrieben, sonst gar nichts. So darf man die Bevölkerung nicht verunsichern. So können wir keine stabile Energiepolitik auf den Weg bringen. Das müssen wir ordentlich machen.

Bis 2032 werden wir die Anpassung haben. Dann werden wir auch wissen, wie viele Windkraftanlagen wir haben. Wir kommen jetzt in die Nähe der 1.000 Anlagen, was auch versprochen wurde. Diesen Hype, den Sie hier machen und der völlig unbegründet ist, weise ich ausdrücklich zurück.

Ich hoffe, dass wir zukünftig im Ausschuss, aber auch hier wieder auf ein anderes Niveau kommen und sagen: Leute, es geht um die Grundversorgung unserer Bevölkerung. Da müssen wir viele Dinge auch einmal hintanstellen und korrigieren. Wir bauen jetzt Stromleitungen und müssen in den nächsten Jahren zwölf Umspannwerke in Bayern auf den Weg bringen. Ich bin gespannt, wie da die Genehmigungsverfahren dann laufen und wie die GRÜNEN sich dazu stellen, wenn wir dann sagen: Das muss jetzt verkürzt werden, weil es um die Grundversorgung, um die Sicherheit unseres Landes geht. Deswegen: Auch hier keine überhasteten Dinge, sondern mit Maß und Ziel,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wir sind viel zu spät dran!)

und das geordnet. So arbeiten wir, so arbeitet unsere Staatsregierung.

Ich weise diese Kritik, auch an unserem Ministerpräsidenten, die Sie hier geübt haben, ausdrücklich zurück. Die Staatsregierung bemüht sich tagtäglich darum, das zu kor-

rigieren, was ich eingangs gesagt habe, anstatt schnell gegenüber den Planungsverbänden Entscheidungen zu treffen, was Sie in Ihrem Entwurf drin haben und was die überhaupt nicht wollen. Deswegen bleiben wir dabei – ich brauche die Zeit gar nicht ausnutzen –: Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, wir haben noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung. Kollege Stümpfig, bitte.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Nussel, wenn das alles so völlig unbegründet ist: Warum haben Sie dann genau das, was wir vorgeschlagen haben, nämlich eine Sonderausschreibung bei der Windkraft zu machen, weil die Ausschreibungsmengen nicht reichen, heute im Kabinett beschlossen? Wir haben seit zwölf Jahren die 10-H-Regelung. Die hat die Windkraft totgemacht.

(Michael Hofmann (CSU): Das Märchen schon wieder!)

Genau das ist auch alles eingetreten. Von daher gesehen sind Sie da in einer Position, in der Sie den Mund nicht so voll nehmen sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Frage betrifft die Situation mit dem Netzpaket. Frau Reiche will das Ganze umdrehen. Sie will nicht mehr Druck auf die Verteilnetzbetreiber ausüben, dass die ausbauen müssen, wenn erneuerbare Energien da sind, sondern sie will es umkehren und sagen: Die erneuerbaren Energien müssen dann eben zurücktreten, und es gibt keinen Ausbau mehr.

Das ist jetzt meine Frage: Ist das das richtige Vorgehen, dass in allen Gebieten in Bayern, wo wir 3 % Abregelung haben – das sind fast alle Regionen in Bayern –,

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie bitte auf Ihre Redezeit!

Martin Stümpfig (GRÜNE): – dann der Verteilnetzbetreiber nicht mehr die Pflicht hat, neue Anlagen ans Netz zu nehmen? Ich erwarte da jetzt ein klares Ja oder Nein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Walter Nussel (CSU): Herr Stümpfig, erst einmal möchte ich Folgendes antworten:

(Toni Schuberl (GRÜNE): Ja oder Nein?)

Ich habe vorhin schon darauf gewartet, dass Sie zum Thema 10 H wieder ein ausführliches Plädoyer halten, was wir da alles falsch gemacht haben.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wir haben es richtig gemacht. Zu der Zeit haben wir es richtig gemacht. Wir haben die Koalition mit dem Bürger gesucht. Das ist jetzt auch noch zu berücksichtigen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja oder Nein? – Johannes Becher (GRÜNE): Das hat Günther Beckstein anders gesagt! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN und der SPD – Michael Hofmann (CSU): Ihr seid Ideologen durch und durch! Nicht einmal zuhören können Sie!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Kollege!

Walter Nussel (CSU): Ich brauche nicht zu antworten, wenn die laufend dazwischenquatschen. Das hat ja keinen Sinn. Ich bin fertig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei den GRÜNEN und der SPD – Martin Stümpfig (GRÜNE): Da drückt sich jemand vor der Antwort! – Michael Hofmann (CSU): Hör auf mit dem Käse! Was soll denn das?)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner: für die AfD-Fraktion Kollege Florian Köhler.

(Beifall bei der AfD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Stümpfig, Sie müssen schon ein bisschen sorgsamer mit unseren CSU-lern hier im Haus umgehen. Das sind sensible Geschöpfe. Wenn diese der Lobby für fossile Energien auf den Leim gegangen sein sollen, dann gestatten Sie mir festzustellen, dann haben Sie zu oft mit einem Trauzeugen von Robert Habeck angestoßen.

Die GRÜNEN wollen in diesem Jahr 1,8 % der bayerischen Landesfläche für Windräder verplanen. Damit treiben sie eine ideologiegetriebene Energiewende voran. Diese schadet Bayern, anstatt uns zu nützen. Das ist nicht mehr als ein weiterer Angriff auf unsere Heimat, unsere Wirtschaft und unsere Umwelt. Sie beschreiben in dem Gesetzentwurf als Lösung – ich zitiere –: "Beim Klimaschutz ist größtmögliche Geschwindigkeit geboten, um die Erderwärmung noch auf 1,5 Grad begrenzen zu können." Faktencheck: Der mit Abstand größte Emittent war 2024 China mit 15,5 Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalenten. Das waren rund 30 % der globalen Emissionen. Dahinter folgen die USA, Indien, Russland und sogar Indonesien. Indonesien hat einen höheren CO₂-Ausstoß als Deutschland.

Liebe GRÜNE, anstatt es hier bei uns mit Deindustrialisierung zu versuchen, wäre es wesentlich sinnvoller, dass Ihre Klientel auf ein paar Flüge nach Bali in Indonesien verzichtet.

Aber zurück zum Gesetz. Bayern ist ein windarmes Land. Die durchschnittliche Auslastung von Windrädern liegt hier im Vergleich mit küstennahen Regionen bei etwa 20 %. Dennoch soll dieser Entwurf den Ausbau forcieren, was automatisch zu einer "Verspargelung" unserer Landschaft führt. Mich stört an diesem Gesetzentwurf noch viel mehr, dass eine Abhängigkeit entsteht, die im Widerspruch zum Energieautonomie-Märchen der GRÜNEN steht. Kaum ein europäisches Land kann heute eine Windkraftanlage mit eigenen Ressourcen bauen. Materialien wie Balsaholz, das für viele Rotorblätter verwendet wird, stammen aus tropischen Regionen wie Ecuador, oft auch illegal abgeholzt. Hier gibt es keinen Aufschrei. Die Kunst- und Verbundstoffe in

den Rotorblättern sind weder recycelbar, noch können sie ohne Schadstofffreisetzung entsorgt werden.

(Florian von Brunn (SPD): Stimmt doch nicht!)

Sonst schreien sie immer nach einem Endlager und dergleichen. Hier ist es Ihnen völlig egal.

Mit der Elektronik, die in einem solchen Windrädchen enthalten ist, brauche ich gar nicht anzufangen. Bevor eine einzige Kilowattstunde Ökostrom fließt, beginnt für jedes Windrad eine weltumspannende Transportkette. Rotorblätter mit über siebenzig Metern Länge kommen mit schwerölbetriebenen Spezialschiffen über die Ozeane. Ein einziges dieser Frachtschiffe aus China stößt mehr Schwefeldioxide aus als Zigtausende Autos zusammen. Die typische Route aus China oder Indien nach Europa umfasst zwischen 20.000 und 25.000 Kilometern.

Ganz abgesehen – wenn man Ihrem Gesetzentwurf folgt – von den Waldrodungen, die es mit sich bringen wird. Bayern ist das walddreichste Bundesland und beherbergt fast ein Viertel der gesamten Waldfläche der Bundesrepublik. Etwa 35 % von Bayern sind bewaldet. Abgesehen von der Gefahr für viele Tiere und einem enormen Flächenverbrauch, auch bei der sogenannten Ertüchtigung von Transportwegen, vergessen die GRÜNEN wieder eines, nämlich das Mikroklima. Dies hat ja auch Auswirkungen direkt vor Ort. Studien aus China, den USA und Europa zeigen, dass große Windparks lokale Luftschichten durchmischen, trockene Luft nach unten transportieren und so die Bodenfeuchtigkeit reduzieren. Darüber gibt es mittlerweile Hunderttausende Satellitenanalysen von Einzelanlagen.

Sie wollen trotzdem 1,8 % unserer Landesfläche für genau das hergeben. Sie machen Politik für ein Wolkenkuckucksheim, aber eines ist dabei auch klar: Dieses Wolkenkuckucksheim sucht seine Bewohner noch; denn die Bayern und die Deutschen werden es nicht sein. Diese können sich Ihre grüne Energiepolitik nicht mehr leisten. Windkraft produziert zwar Strom, aber sie verursacht auch hohe Kosten, Eingriffe und Belastun-

gen, die Sie gerne verschweigen. Man muss Windkraft nicht grundsätzlich ablehnen, was ich auch nicht tue, aber wir müssen die Rolle realistisch einordnen. In bestimmten Regionen mag diese sinnvoll sein. Windenergie ist aber keine Grundlage für eine stabile, sichere und bezahlbare Energieversorgung.

Wer wäre ich, dass ich dem Ministerpräsidenten hier widersprechen würde, aber Markus Söder hat erst heute gesagt, er bedauere es, dass die Kernkraftwerke vom Netz gegangen sind. Ein Trostpflaster trotz der Ankündigungen von Markus Söder bleibt den GRÜNEN ja noch: Es wird sich sicherlich irgendein Ministeriumsmitarbeiter finden, der Ihren Gesetzentwurf noch abschreibt und dann trotzdem über die Staatsregierung einbringt.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Kollege Josef Lausch.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Bürgerinnen und Bürger, herzlich willkommen im Bayerischen Landtag. Der Ausbau der Windenergie ist für Bayern und Deutschland von zentraler Bedeutung. Der Ausbau muss intensiv und ehrlich mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort abgestimmt werden, um einen echten Mehrwert für ihre Region zu schaffen. Im Jahr 2025 sind Genehmigungen für rund 150 Anlagen beantragt worden. Rund 800 Windenergieanlagen befinden sich in der Pipeline zum Genehmigungsverfahren. Bayern startet beim Ausbau der Windenergie durch und sichert damit eine regionale und nachhaltige Energieversorgung. Besonders im Winter und nachts trägt sie nun einmal wesentlich zur Stromversorgung bei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin heute wieder einmal stolz, Mitglied der Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER und der Regierungsfraktionen zu sein, weil wir weder die radikalen Ansichten der rechten noch die der linken Hälfte hier haben.

(Zurufe von der AfD)

Wir sind pragmatisch und frei von ideologischen Ansichten. Niemand würde wohl behaupten, dass die AfD oder die GRÜNEN frei von Ideologie sind. Bei uns geht es nach der Sache. Wir gehen pragmatisch vor.

Dieser Gesetzentwurf der GRÜNEN leistet – auch wenn ihr es nicht gern hört – keinerlei Beitrag und bringt keinen Mehrwert gegenüber unseren pragmatischen Anstrengungen in der Bayerischen Staatsregierung, im Gegenteil: Dieser Gesetzentwurf würde zu einer Aufblähung des gesetzlichen Rahmens beitragen, weil das Ziel der Staatsregierung nun einmal ein wirksamer, rechtssicherer und bürokratiearmer Ausbau der Windenergie ist. Es besteht keine formale Notwendigkeit für Gesetzesänderungen. Eine verbindliche Festlegung regionaler Teilflächenziele im Landesentwicklungsprogramm erfordert keine vorherige Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes.

Zusätzliche Normen, wie von den GRÜNEN gewünscht, blähen das Gesetz nur unnötig auf und widersprechen klar den Zielen der Deregulierung und Entbürokratisierung. Auch die Anpassung an das Landesentwicklungsprogramm ist bereits geschehen. Eine bloße gesetzliche Aufforderung zur Anpassung ist unseres Erachtens eigentlich überflüssig. Die Anpassung an den Flächenbeitragswert 2032 ist bereits eingeplant, kann jedoch erst nach Abschluss einer bundesweiten Evaluation erfolgen. Dieses Vorgehen entspricht dem ausdrücklichen Wunsch der Regionalen Planungsverbände und schafft Planungssicherheit statt zusätzlichen Zeitdruck.

Wahr ist aber auch, es gibt noch Probleme bei der Evaluation der Flächenziele. Hier fordern wir den Bund auf, endlich schnell zu einer Entscheidung zu kommen. Es braucht Planungssicherheit für alle beteiligten Akteure und das Bundesministerium. Die Bundeswirtschaftsministerin Reiche muss jetzt – ich hätte fast "endlich" gesagt – zeitnah liefern.

(Beifall des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Die Staatsregierung nimmt mögliche Verunsicherungen ernst und handelt bereits. Klare Vorgaben und verlässliche Rahmenbedingungen erleichtern die Arbeit der Planungsverbände.

Wie gesagt, im Gegensatz zu den GRÜNEN haben wir großes Vertrauen in unsere Regionalen Planungsverbände. Die Behauptung, viele Planungsverbände stünden noch am Anfang, müssen wir entschieden zurückweisen. Die Regionalen Planungsverbände arbeiten engagiert und fachlich fundiert mit hoher Komplexität. Pauschales Misstrauen ist typisch grün und hier vollkommen unangebracht. Es ist sachlich falsch, wirkt kontraproduktiv und erschwert die Umsetzung der Energiewende, statt sie zu erleichtern.

Der Gesetzentwurf der GRÜNEN ist rechtlich nicht erforderlich, politisch überflüssig und fachlich nicht überzeugend. Die Staatsregierung und wir setzen auf verlässliche Planung, Vertrauen in die Regionen und konsequente Entbürokratisierung. Aus diesen Gründen wird – nein, muss der Gesetzentwurf abgelehnt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung. Kollegin Stephanie Schuhknecht, bitte.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Kollege Lausch. Sie haben ja jetzt sehr viel dazu ausgeführt, was Ihnen an dem Gesetzentwurf nicht passt. Wir haben vorher von Ihrem Koalitionspartner gehört, dass das, was die Wirtschaftsministerin macht, genau das Richtige ist. Zeitgleich hat Ihr Wirtschaftsminister hier in Bayern eine Pressemitteilung verschickt, in der er genau dieselben Dinge kritisiert, die mein Kollege Martin Stümpfig kritisiert hat, nämlich dass die 3 % viel zu niedrig sind, dass auch die zehn Jahre für die Ausweisung dieser kapazitätslimitierten Netzgebiete viel zu lang sind. Wo ist denn dann wirklich der Punkt, wo Sie sagen, dass Ihr Koalitionspartner da recht hat? Offensichtlich sind wir uns bei dieser Frage ja ziemlich einig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Tatsächlich ist das noch die Findungsphase. Ich stimme Ihnen sogar zu: Die 3 % sind zu niedrig. Tatsächlich kann bei uns, bei den FREIEN WÄHLERN, jeder seine Meinung frei äußern. Hubert Aiwanger wird sich etwas dabei gedacht haben. Wir sind in Bayern in der Regierung, in Berlin nicht.

(Lachen und Unruhe bei den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Bei der CSU müssten eigentlich die Alarmglocken läuten: 263 Windräder hat Nordrhein-Westfalen im letzten Jahr gebaut, 149 Schleswig-Holstein, und in Bayern sind es nur 18. Das heißt, Hendrik Wüst und Daniel Günther sind Markus Söder meilenweit voraus.

(Widerspruch bei der CSU)

Ich weiß gar nicht, warum das bei ihm keine Besorgnis auslöst. Aber Spaß beiseite: Es ist schon ein sehr jämmerliches Bild, das wir beim Zubau der Windkraft in Bayern abgeben, obwohl wir sie dringend brauchen, als Winterenergie und in der Nacht – für unsere Industrie.

Ich habe es mal ausgerechnet: Wenn man in diesem Tempo weiterbaut – – Sie haben ja versprochen – – Nein, nicht Sie, Markus Söder, der nicht da ist, hat versprochen, bis 2030 1.000 neue Windräder in Bayern zu bauen. Bei diesem Ausbautempo schaffen wir das frühestens 2080 folgende. Also muss tatsächlich etwas passieren.

(Zuruf des Staatssekretärs Tobias Gotthardt)

– Ja, ich komme gleich zu Ihnen, Herr Gotthardt. Ich lobe die FREIEN WÄHLER dann auch noch mal ausführlich.

Bayern bleibt das Windkraft-Schlusslicht der Republik, und ich weiß, Sie verkünden immer, dass es viele Genehmigungen gibt. Warten wir es ab. Wir würden uns tatsächlich freuen.

Eigentlich ist der Vorschlag der GRÜNEN gar nicht so schlecht zu sagen, dass wir bei der Ausweisung der Windvorranggebiete schneller werden. Wir werden uns trotzdem enthalten, weil wir der Meinung sind, dass wir so, wie die Fristen für die Städte und Gemeinden, für die Planungsregionen, jetzt gesetzt sind, zu wenig Zeit hätten, das umzusetzen. Wir haben jetzt auch Kommunalwahl. Die kommunalen Räte werden neu zusammengesetzt. Es wäre gut gewesen, auf unseren Vorschlag diesbezüglich einzugehen.

Etwas hat mich heute tatsächlich gefreut angesichts der Tatsache, dass die CSU ja immer noch nicht so richtig ein Fan von Windkraft geworden ist. – Herr Kollege Nussel hat im Ausschuss gesagt, man muss da Ruhe reinbringen. Bei einer Bilanz von 18 Windrädern 2025 ist Ruhe für mich kein politisches Ziel. Das ist eher Arbeitsverweigerung gegenüber dem Wirtschaftsstandort. – Deswegen habe ich mich heute gefreut, als aus dem Kabinett die Meldung kam, dass jetzt eine Bundesratsinitiative gestartet wird für eine Sonderausschreibung für fünf Gigawatt Windkraft, für eine bessere Förderung des Referenzertragsmodells in Bayern und für die Absicherung des Flächenziels.

Ja, das ist wirklich mal eine gute Sache aus dem Wirtschaftsministerium. – Ich lobe ja Hubert Aiwanger und seinen Staatssekretär nicht so oft, aber das muss ich jetzt an der Stelle ausdrücklich tun. – Das steht im krassen Gegensatz zu dem, was Katherina Reiche vorhat. Der Kollege Stümpfig hat es schon gesagt: Wenn man sagt, wir dürfen die erneuerbaren Energien in den jeweiligen Regionen nur noch so viel ausbauen, wie wir Netzanschlüsse haben, dann legt man die Entscheidung über den Ausbau der

erneuerbaren Energien gerade in die Hände derer, die ihn verzögert haben, nämlich die Stromnetzbetreiber. Wir müssen das Ding doch zum Laufen bringen.

Ich frage mich dann schon: Wie bekommen Sie eigentlich diese Widersprüche zwischen CSU-Position und FREIE-WÄHLER-Position zusammen? Also volle Unterstützung für diese Bundesratsinitiative. Wir müssen einfach vorankommen.

Ich verstehe auch die Äußerungen des Ministerpräsidenten nicht ganz: Was haben wir denn wirklich, realistisch, für Alternativen? – Ich will nicht abhängig sein von fossilen Energien, weder aus Russland noch aus den USA, und genau das würde es bedeuten, wenn wir weiter auf fossiles Gas setzen. Die Fusion, von der Sie immer schwärmen, ist nicht verfügbar. Atomkraftwerke werden ja sogar aus Ihren eigenen Reihen – Steffen Vogel – für unrealistisch gehalten. Also bleibt doch nichts anderes übrig, als die erneuerbaren Energien auszubauen. Wer 1.000 Windräder bis 2030 verspricht, der darf eben nicht davor zurückschrecken, dafür jetzt auch etwas zu tun. Also hören Sie auf zu bremsen. Liefern Sie, oder geben Sie zu, dass alles Reden über 1.000 Windräder nur ein PR-Gag von Markus Söder war. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Kollege Florian Köhler hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Florian Köhler (AfD): Herr von Brunn, Sie haben gerade gesagt, Sie wollen mit Fossilen nichts zu tun haben. Warum sagen Sie das? Kann das daran liegen, dass der Verband oder die Agentur für Erneuerbare Energien der SPD 2024 13.400 Euro gespendet hat?

Florian von Brunn (SPD): Darüber weiß ich nichts, aber ich finde 13.400 Euro nicht so viel.

(Lachen bei der AfD)

Ich will mit Fossilien nichts zu tun haben, weder mit politischen Fossilien, die sich an der Politik von vor 80 Jahren orientieren, noch mit fossilen Energien. Aber ich nutze die Zeit vielleicht, um Sie aufzuklären, weil Sie gerade wieder Fake News verbreitet haben

(Lachen des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

über die Recyclingfähigkeit von Windrädern. Windräder sind heute schon zu fast 97 % recycelbar. Das Einzige, was nicht recycelbar ist, sind die Rotorblätter. Aber eine Tochter der Siemens Energy hat schon 2021 das erste vollständig recycelfähige Rotorblatt hergestellt. Ich glaube an die Findigkeit deutscher Ingenieure und deutscher Unternehmen. Wir werden auch dieses Problem lösen. Sie lösen keine Probleme, sondern beschwören immer nur Probleme.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt ebenfalls Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/7226 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Gegenstimmen der Fraktion der FREIEN WÄHLER, der CSU-Fraktion und der AfD-Fraktion. Enthaltungen! – Bei Enthaltung der SPD-Fraktion ist der Gesetzentwurf abgelehnt.